



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/213

13. September 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Attacken gegen die Selbstverwaltung	S.1
Amerika auf dem Weg zur Kriegswirtschaft	S.3
Kirche contra Sport	S.6
Die Vorgänge in der Chefredaktion der "Welt"	S.8

### Attacken gegen die Selbstverwaltung

HH. Die Versuche des Bundeskanzlers, die seit der Bundestagswahl bestehenden Machtverhältnisse in Westdeutschland zugunsten der CDU zu mißbrauchen, scheinen immer mehr zur allgemeinen Richtlinie der CDU-Arbeit zu werden. Zunächst versuchte der Bundeskanzler bedenkenlos, den Regierungsapparat personell in seinem Sinne zu besetzen. Von den vielen, unmöglich erscheinenden Tatsachen sei hier nur ein Fall erwähnt: Der Bundesinnenminister hatte für sein Sozialreferat eine Fachkraft vorgesehen, die nach seiner Erklärung in Deutschland keine ebenbürtige Konkurrenz hat. Die wiederholten Bemühungen, die Anstellung im Kabinett durchzusetzen, scheiterten bisher an dem persönlichen Widerstand des Bundeskanzlers, weil die Fachkraft der SPD angehört.

Die dauernden Einmischungen des Bundeskanzlers in die Politik der Bundesländer mit dem Ziele, sie mit der Bundespolitik gleichzuschalten, brauchen hier nicht mehr erwähnt zu werden.

Der dritte Angriff der CDU-Politik richtet sich in letzter Zeit gegen die kommunale Selbstverwaltung. Zunächst galt es, die sozialdemokratisch orientierten Beamten, die seit 1945 schwerste Aufbauarbeit geleistet haben, zu treffen. Man versuchte, sie mit Straf- und Disziplinarverfahren kaltzustellen. Da die ordentlichen Gerichte durchweg die beantragten Strafverfolgungen ablehnten, mischte sich in Nordrhein-Westfalen der CDU-Justizminister entgegen allen Gepflogenheiten und trotz Fehlens gesetzlicher Bestimmungen ein und ordnete in ihm politisch

wichtig erscheinenden Fällen die Strafverfolgung persönlich an. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Richter hierzu in ihrer unabhängigen Stellung verhalten. Die Strafverfolgungen wurden nämlich vom Justizminister angeordnet, obwohl seitens des Gerichtes Einstellungsbeschlüsse nach Abschluss der Ermittlungsverfahren ergangen waren.

Die neueste Taktik richtet sich gegen die planmäßige Arbeit in den Kommunalparlamenten, die nicht von der CDU beherrscht sind. Nach § 48, Abs. 5 der rev. DGO ist der Rat einer Gemeinde nicht mehr arbeitsfähig, wenn mehr als ein Drittel der vorgesehenen Gemeinderatsposten unbesetzt ist. Gemäss § 112 rev. DGO hat die Aufsichtsbehörde in diesem Fall einen Staatsbeauftragten zu bestellen, der alle Aufgaben der Gemeinde auf ihre Kosten wahrnimmt. Mit Hilfe dieser Bestimmungen sprengt nun die CDU alle Kommunalparlamente, in denen die entsprechenden Bedingungen gegeben sind. Nur zwei Beispiele jüngsten Datums: In der Stadtvertretung Leverkusen wurde mit 17 Stimmen der SPD, FDP, KPD und RSF gegen 9 Stimmen der CDU beschlossen, den amtierenden Stadtdirektor wegen Überschreitens der Altersgrenze zu pensionieren. Da die CDU-Fraktion damit ihren Vertrauensmann und Einfluss in der Stadtverwaltung verloren hätte, legte sie bei der Landesregierung Beschwerde ein. Als die Beschwerde abgewiesen wurde, traten alle Fraktionsmitglieder der CDU zurück. Der Kreistag, der für die Bestellung des Staatsbeauftragten zuständig ist, erklärte mit den Stimmen der SPD, FDP, KPD und RSF die Voraussetzung für die Bestellung des Staatsbeauftragten für nicht gegeben, da nach dem Rücktritt der 9 Stadtverordneten die Bestimmung, dass mehr als ein Drittel der Mandate unbesetzt sein müssen, nicht erfüllt sei. Das inzwischen von der CDU besetzte Innenministerium entschied jedoch als oberste Kommunalaufsichtsbehörde, dass die Voraussetzungen erfüllt seien. Nach der neuesten Regierungsakrobatik werden nicht nur Zahlen in Brüche zerlegt, sondern auch lebendige Menschen.

In der Stadt Langenberg mit 6 SPD-, 6 CDU- und 1 KPD-Vertreter wurden die Wünsche der CDU bei der Bürgermeisterwahl nicht erfüllt. Prompt erklärte die CDU ihren Austritt aus dem Stadtparlament. Der Kreistag berief daraufhin einen FDP-Mann zum Staatsbeauftragten. Dieser FDP-Staatsbeauftragte erweiterte die ihm zustehenden Rechte sofort nach eigenem Gutdünken. Seine erste Maßnahme war, sich neben dem Ehrensold des früheren Bürgermeisters ein Tagegeld von DM 30.-- zu bewilligen. In den Vormittagsstunden ist er bei der Spruchkammer Düsseldorf tätig, wofür er ebenfalls ein Tagegeld von DM 30.-- bekommt. An drei Tagen in der Woche lässt er sich mit dem Dienstwagen der Stadt Düsseldorf nach Langenberg holen und zurückbringen.

Die Frage ist, wie in den Kommunalparlamenten, in denen jetzt

Staatsbeauftragte eingesetzt sind, wieder geordnete Verhältnisse geschaffen werden können. Eine Bestimmung, wonach ordnungsmässig gewählte Ratsvertreter vor Ablauf der Wahlzeit abberufen werden können, gibt es nicht. Die CDU versucht dies jedoch mit allem Nachdruck. Es gibt nur eine Möglichkeit, dass die Bestimmung des § 48,5 schnellstens aufgehoben wird und in den jeweiligen Wahlbezirken, in denen die CDU-Mitglieder ihr Amt niedergelegt haben, Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die SPD-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtags hat einen entsprechenden Antrag eingereicht.

### Amerika wieder auf dem Wege zur Kriegswirtschaft

(Von unserem Korrespondenten in USA)

H.St. Washington, im Sept.

In den Vereinigten Staaten wiederholt sich in diesen Tagen und Wochen ein Schauspiel, das die Welt staunend vor ein paar Jahren schon einmal mitangesehen hat: die allmähliche Umstellung eines riesigen Staatsapparates und einer gigantischen Wirtschaftsmaschinerie vom Friedenszustand auf den Stand einer mehr oder weniger kompletten Kriegsbereitschaft. Der Prozess der Jahre 1941 und 1942 führte die amerikanische Wirtschaft, unter der Kontrolle und der dominierenden Vorherrschaft der staatlichen Planung der Regierung Roosevelts, etappenweise aus einer stagnierenden und sozial nicht sehr ausgeglichenen Friedenswirtschaft in einen Zustand totaler Aufrüstung und totaler Unterwerfung des unerschöpflichen und auf der Welt einmaligen amerikanischen Wirtschaftspotentials unter die Anforderungen der Aufrüstung und der Waffenhilfe für die Alliierten.

Ein ähnliches Bild bietet Amerika heute, seit dem Angriff auf Südkorea - wenn auch auf sehr viel niedrigerer Ebene und in sehr viel bescheideneren Proportionen. Eine limitierte Wiederaufrüstung hatte es in Amerika bereits vor dem Beginn des Koreakonfliktes gegeben, ebenso wie ja auch das Waffenhilfsprogramm für Westeuropa, eine Begleiterscheinung des Atlantikpakts, lange vor diesem Konflikt in Angriff genommen worden war. Aber diese Aufrüstung und die Rüstungshilfe für Amerikas Alliierte war ohne Einfluss auf die Gesamtwirtschaft des Landes, die ungestört Friedenswirtschaft blieb: die Aufrüstung beschäftigte nur einen kleinen Bruchteil der amerikanischen Schwerindustrie, reduzierte die Arbeitslosigkeit (die im Frühjahr dieses Jahres fast 5 Millionen erreichte) nur ganz minimal und beanspruchte nur geringe Mengen der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Rohstoffe. Das direkt dem Präsidenten unterstehende Kriegsröhstoffamt, dessen Aufgabe ist, alle "kritischen", d.h. im Lande selbst

nicht oder ungenügend vorhandenen Rohstoffe in solchem Umfange aufzustapeln, dass für einen Kriegsfall ausreichende Reserven vorhanden sind und diese dann aufgrund der Kriegserfordernisse auszuteilen, führte eine Art Dornröschensexistenz: es legte bescheidene Lager von Quecksilber, Kautschuk, Zinn und dergl. an, aber keine Mengen, die in einem Weltkrieg von irgend einer Bedeutung wären.

Mit dem Beginn des Konfliktes in Korea akzeptierten Öffentlichkeit, Parlament und Wirtschaft (einschliesslich der Gewerkschaften) sogleich das Prinzip der "ernsthaften" Aufrüstung. Der Mangel der amerikanischen Streitkräfte an Tanks, schweren Geschützen, Tankabwehrwaffen und zahllosen anderen Waffen, von denen nur Modelle und ein paar Übungsexemplare existierten, war niederschmetternd, und Pläne für stark vermehrte Kriegsproduktion wurden im Pentagon, dem amerikanischen Verteidigungsministerium in Washington, sogleich im Eiltempo ausgearbeitet. Der Direktor des Kriegsstoffamtes, Stuart Symington, ehemaliger Unterstaatssekretär für die Luftwaffe und einer der dynamischsten und wertvollsten Mitarbeiter Präsident Trumans, wurde zum "amerikanischen Mobilmachungschef" ernannt und mit weitreichenden Vollmachten für Aufrüstung, Wirtschaftseinsatz, Rohstoffzuteilung, Auftragslenkung u. dergleichen ausgestattet.

Aber obwohl sich die Industrie, sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite, der Regierung bedenkenlos für Verteidigungsaufgaben zur Verfügung stellte, hat Washington doch bisher nur in bescheidenem Umfang von diesen Angeboten Gebrauch gemacht; wie schon betont, geht die Aufrüstung nur stufenweise vor sich, braucht eine sehr lange Anlaufzeit und wird überhaupt wohl nur ihre Höchststouren erreichen, wenn sich die weltpolitische Lage weiterhin verschlechtert. Eine Anzahl seit Kriegsende stillgelegter Fabriken der Flugzeugindustrie und der Aluminiumerzeugung ist wieder, zumeist in direkter Verwaltung der Regierung, in Betrieb genommen worden, und eine Anzahl grosser Industriekonzerne wie "General Motors", Ford und viele andere hat ihr Produktionsprogramm für Privatkraftwagen etwas eingeschränkt und dafür Tanks und U-Boot-Motore ins Orderbuch geschrieben - aber vorläufig beträgt die Einschränkung der Friedens-Produktionsprogramme nirgends mehr als ein Drittel der Gesamtproduktion. Ein Eisenbahnerstreik, der wegen einer bestimmten arbeitsrechtlichen Streitfrage seit Monaten gedroht hatte, brach Mitte August aus, wurde aber sofort von Präsident Truman unter Berufung auf Kriegsvollmachten, die ihm erlaubten, das Eisenbahnnetz unter Armeekontrolle zu stellen, abgelenkt.

Die Rohstoffkäufe des Kriegsstoffamtes sind etwas beschleunigt

worden, die Kredite für die Atomforschung und die staatlichen Experimentierstationen für Metall- und Petrolstudien sind erhöht worden, und einige grosse Industrieunternehmungen haben Neueinstellungen von Arbeitskräften vorgenommen, so dass im Laufe der letzten sechs Wochen doch eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes und Reduktion der Arbeitslosenziffern eingetreten ist. Die amerikanische Wirtschaft als ganzes kommt dem Ideal der Vollbeschäftigung dadurch sehr nahe, und obwohl die Exporte zurückgegangen sind und die staatliche Wirtschaftslenkung bisher die Anhäufung von Riesenprofiten verhindern konnte, sind doch typische und eindeutige Merkmale einer Konjunktur, die allmählich alle Wirtschaftszweige erfassen dürfte, unleugbar vorhanden.

Fraglich ist nur, wie die mit einer solchen Entwicklung verbundenen Inflationsgefahren gebannt und die notwendigen Mittel für diese Rüstungsproduktion aufgebracht werden können. Beide Probleme hat die Regierung Präsident Trumans mit grossem Mut und grosser Energie angepackt, wenn auch der Kongress in langwierigen und zögernden Beratungen etliches Wasser in Trumans Wein gegossen hat. Der Kongress hat zwar schon Anfang Juli für 10,5 Mrd. Dollar zusätzliche Kredite für Waffenbeschaffung, Aufstellung neuer Divisionen, Erweiterung der Luftwaffe von 48 auf 64 Geschwader, Atomforschung, Rohstoffankäufe im Ausland und ähnliches bewilligt, und hat seitdem noch einige Extrakredite für Sonderzwecke hinzugefügt und überdies keinen Zweifel daran gelassen, dass er bereit ist, auch die neu angeforderten Ausgaben für die zweite Jahrestappe des Waffenhilfsprogramms für Westeuropa zu bewilligen; aber er hat fast zwei Monate gebraucht, bis er in Form einer umfangreichen Vollmachtengesetzgebung dem Präsidenten die Werkzeuge geliefert hat, die zur Wirtschaftslenkung und Inflationsbekämpfung unbedingt erforderlich sind. Die Teuerungswelle sucht die Regierung durch "Kreditabschöpfung" zu bekämpfen, was eine gesunde Politik ist: Truman hat jetzt Vollmachten zur Erschwerung der Abzahlungskäufe, zur Beschränkung der Staatskredite im Wohnungsbau, zu gewissen, freilich noch nicht sehr einschneidenden Steuererhöhungen, zur Zwangsstabilisierung der Löhne und Preise usw. Wie er von diesen Vollmachten Gebrauch machen wird, lässt sich noch nicht klar erkennen; aber man wird mit weitreichenden Staatsmassnahmen zu rechnen haben, ohne die in der Tat das soziale Gleichgewicht der amerikanischen Wirtschaft in ihrem seltsamen gegenwärtigen Schwebezustand, der noch halb Friedenswirtschaft und schon halb Kriegswirtschaft ist, nicht aufrecht erhalten werden kann.

Kirche contra Sport

sp. Aus Rottweil in Württemberg wurde kürzlich gemeldet, dass der Bischof von Rottenburg, Dr. Karl Leiprecht, anlässlich eines Sportfestes von der Kanzel herab verkündet habe, es sei der Wunsch der Kirche, dass bei den sportlichen Veranstaltungen der 800-Jahr-Feier ein öffentliches Auftreten von Frauen in Sportkleidung unterbleibe. Auf einer - laut dpa stürmisch verlaufenen Gemeinderatssitzung wurde daraufhin mit den Stimmen der CDU gegen die der SPD und der Freien Wählervereinigung ein Beschluss im Sinne dieser bischöflichen Aufforderung gefasst.

Dpa berichtet weiter, dass dieser Beschluss zu einem tumultartigen Protest geführt habe und dass schliesslich die Vertreter des südwürttembergischen Leichtathletikverbandes und des Turnerbundes Schwaben den folgenden Gegenbeschluss fassten: "Frauen-Wettbewerbe werden nur in der durch die Wettkampfordnung vorgeschriebenen Sportkleidung durchgeführt. Diejenigen Frauen und Mädchen, die sich durch den auf bischöflichen Wunsch herbeigeführten Gemeinderatsbeschluss gebunden fühlen, müssen leider dem Start fernbleiben".

So geschehen im September 1950. Nachdem es dreissig und noch mehr Jahre lang niemandem eingefallen ist, sich darüber aufzuregen, dass Frauen beim Sport - Sportkleidung tragen. War das einmal nicht der Fall - siehe Gussie Moran - lag es an den Sportlern selbst, sauer zu reagieren, was sie auch prompt taten. Man muss den Sportaktiven wohl zugestehen, daß sie selbst darüber zu entscheiden wissen, was sportlich und was un-sportlich ist. Nach anderen als diesen Grundsätzen sollten im Sport keine Maßregeln und schon lange nicht Verbote ausgesprochen werden.

Bedenklicher noch ist der Fall Rheinland-Pfalz. Dort sind nämlich seit kurzem an allen Sonn- und bestimmten Feiertagen sämtliche Sportveranstaltungen vor 12 Uhr mittags untersagt von Staats wegen, auf Betreiben der Kirche, die darauf hinweist, dass ja zum Beispiel in England der "stille Sonntag" durchaus üblich sei und dass es im übrigen bei sonntäglichen Sportveranstaltungen in Deutschland zu Szenen gekommen sei, die dem Charakter des Sonntages entschieden widersprechen.

Deutsche Sportvertreter begründen ihre gegenteilige Meinung vor allem mit dem Mangel an geeigneten Sportplätzen, der es erforderlich mache, auch den Sonntagvormittag in das Spielgeschehen einzubeziehen. Sie weisen ausserdem darauf hin, dass die lauten Massenveranstaltungen durchweg nachmittags stattfinden, und sie betonen, dass den wirklich aktiven

Sportlern, die nicht um des Sportbetriebes, sondern um der eigenen Leistung willen auf den Platz gehen; meist nur die Vormittage zur Verfügung stehen, da ja nachmittags die Massenveranstaltungen stattfinden.

Jene Regierungsverordnung ist sehr bedauerlich, und es ist gut, dass von so vielen Sportvereinen und einzelnen Sportlern dagegen Sturm gelaufen wird. Ein neuer Versuch der Kirche, sich in Dinge einzumischen, die sie nichts angehen, hat einen Anfangserfolg gehabt. Er muss rückgängig gemacht werden.

-----  
 Unmögliche Methode - unmöglicher Mann  
 -----

(Bereits über FS verbreitet)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion teilt mit:

Die Leitung des "Bundesamtes zum Schutze der Verfassung" ist noch immer nicht besetzt. Das mag zum grossen Teil in Gründen liegen, die ausserhalb der deutschen Einflussmöglichkeiten stehen.

Immerhin ist auf deutscher Seite die Frage der Auswahl mit der grössten Vorsicht und Verantwortung vorzunehmen. Nachdem man lange geschwankt hat, scheint jetzt ein Kandidat das Rennen zu machen, den vorher niemand als Bewerber für möglich gehalten hätte. Nach dem Wunsch des Bundeskanzlers Dr. Adenauer soll sein persönlicher Referent, Ministerialrat Wirmer, der Leiter dieses "Bundesamtes zum Schutze der Verfassung" werden.

Der Bundeskanzler hat mit der Opposition weder diesen Fragenkomplex noch die jetzt genannte Persönlichkeit jemals besprochen. Da die Zeit aber zu drängen scheint, erklärt der Vorstand der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, dass Ministerialrat Wirmer von ihr abgelehnt wird. Die Sozialdemokraten halten Herrn Wirmer weder für ausreichend noch geeignet, dieses Amt von zentraler politischer Wichtigkeit und letzter Verlässlichkeit auszuüben.

-----  
 Verleumderische Behauptung  
 -----

sp. In Lübeck hat die VVN die Nachricht verbreitet, dass Paul Bromme, Vorsitzender der Lübecker Organisation der SPD, Chefredakteur der Lübecker Freien Presse und Mitglied des Bundestages, der VVN angehöre. Diese Behauptung wird von Paul Bromme mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, der dazu erklärt, es sei nur allzu verständlich, dass die kommunistische VVN sich bemühe, seinen führenden Sozialdemokraten in einer nahe der Zonengrenze gelegenen grossen Stadt durch verleumderische Behauptungen politisch zu diffamieren. Bromme stellt ausserdem fest, dass er bereits 1948 aus der VVN ausgetreten sei, nachdem ihr kommunistischer Charakter sich klar erwiesen habe.

### Krach in der Welt

P.P. Auch in der in Hamburg erscheinenden "überparteilichen" kleineren "Welt" ist Krach. Sie ist kleiner geworden gegenüber ihrer einst im deutschen Pressewald beherrschenden Stellung, aber sie ist noch immer eine der grössten und am weitesten verbreiteten Zeitungen der Bundesrepublik. Am Mittwoch teilte sie mit, dass ihr Chefredakteur Paul Bourdin in Urlaub sei und dass die Leitung der Redaktion nun ein dreiköpfiger Ausschuss übernommen habe. Beides war nur für den besonders aufmerksamen Leser bestimmt, es stand klein und nebensächlich oben und unten auf der ersten Seite, diagonal getrennt. So ist auch der Gegensatz zwischen beiden Verlautbarungen, die einander nicht decken. Man möchte noch etwas vortäuschen. "Der neue Mann", der einmal mit grossem Aufwand, mit Extrablatt und ungewöhnlicher Reklame angekündigt wurde, der eine "neue Linie", man war versucht zu lesen: eine neue Richtung, einschlagen würde, ist gegangen. Das ist der Tatbestand. Paul Bourdin, als Bundespressechef gescheitert, als Vertrauensmann Adenauers geblieben, ist als Chefredakteur der "Welt" von Anfang an ein Versager gewesen. Nun musste er die Konsequenzen ziehen.

Er kam im Mai, was man nicht übersehen darf, mit britischer Hilfe zur "Welt", wenn er auch von Beginn an Wert darauf legte, unter den Linden nicht begrüsst zu werden, wie weiland Heinrich Heine, der seinem Schatz vorschlug, das zu vermeiden: "Wenn wir nachher zu Hause sind, wird sich schon alles finden". Es begann in jener "Welt" ein peinlicher Kampf, unterirdisch, mit freundlicher Miene, sobald man sich sah. Journalistisch machte sich der "neue Mann" weniger bemerkbar. Dafür verlangte er die Entlassung aller Redakteure, die nicht seiner politischen Gesinnung waren, vor allem der Sozialdemokraten. Es gibt in der Redaktion der "Welt" keinen organisierten Sozialdemokraten mehr. Bourdin ist freilich auch nicht organisiert, denn auch politisch möchte er nicht Farbe bekennen. "Wenn wir nachher zu Hause sind..."

Die Redaktion stand im scharfen Gegensatz zu ihm; wie man hört, auch der Verlag. Bourdin zog einen Berater heran, der politisch und journalistisch in gleicher Weise Aufmerksamkeit verdiente. Das wurde besonders deutlich, als kürzlich jenes "Dokument" veröffentlicht wurde, das von einem Friedensvertrag berichtete, der zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzonenregierung in Berlin bevorstehen sollte. Das Dokument war in einer Nachrichtenfabrik entstanden, aus der schon viele Produkte einer reichen Phantasie hervorgegangen sind. Es war von einem Mann hergerichtet und von einem anderen für die "Welt" zubereitet worden - eben von diesem Berater - die allesamt ohne Verantwortung gegenüber der Wahrheit und ohne politischen Sinn, tatsächlich - sicher nicht gewollt - verdienstvoll dabei für die Sowjets Propaganda geleistet haben. Bourdin deckte das und verweigert bis heute seiner Redaktion die Mitteilung der Quelle.

Dieser Anlass erregte einen Sturm der Entrüstung, durch ihn wird der Fall des Chefredakteurs der "Welt" zu einer auch dem Laien sichtbaren Angelegenheit der Pressepolitik und weit über die Person und über die Zeitung hinaus bedeutsam. An einer hervorragenden Stelle wurde ein Beispiel dafür gegeben, wie eine Presse unter dem Gesetz der Freiheit und Selbstverantwortung nicht handeln darf. Darum ist es nötig, den Finger auf dieses letzte Kapitel zu legen. Es soll aber auch gesagt werden, dass Verlag und Redaktion einer Zeitung aus eigener Kraft einen Prozess der Reinigung durchgesetzt haben. Wir möchten hoffen, dass er konsequent fortgesetzt wird.